



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 21.11.2007
Az.:

36. Sitzung des Bauausschusses am 19.11.2007

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred

Biller, Josef

Christofori, Erich

Grandinger, Simon

Hagl, Monika

Haindl, Sebastian

Hofstetter, Franz Josef

ab 14.20 Uhr

Mock, Franz

Reiter, Wolfgang

Rübensaal, Siegfried

Schlehuber, Anton

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Fischer, Heinz

Eixenberger, Anton

Helfer, Helmut



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Graßl, Reiner
Huber, Johann
Unterreitmeier, Johann

Mayer, Elfriede (Protokoll)
Centner, Christina

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Schulen des Landkreises - Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen
Antrag beim DFB auf Bezuschussung eines Minifußballfeldes
2. Haushaltsberatung 2008
Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen
Vorlage: 2007/0277
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1. Moosgrabenbrücke in Lengdorf
 - 3.2. Schäden beim Erweiterungsbau Gymnasium Dorfen



1. **Schulen des Landkreises**
Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen
Antrag beim DFB auf Bezuschussung eines Minifußballfeldes

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende erklärt, die Tagesordnung sei um den Tagesordnungspunkt "Schulen des Landkreises - Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen; Antrag beim DFB auf Bezuschussung eines Minifußballfeldes" ergänzt worden. Er bittet, diesen Punkt vor den Beratungen zum Haushalt zu beraten, weil eventuell Mittel dafür im Haushalt bereitzustellen wären.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Der Vorsitzende bittet Herrn Fischer um Ausführung dazu.

Herr Fischer erklärt, der Ausschuss für Kultur und Umwelt habe in der Sitzung am 15.10.2007 erfahren, dass der DFB 1000 Minifußballfelder an Schulen fördere. Die Verwaltung sei beauftragt worden zu ermitteln, wo ein Minifußballfeld errichtet werden könnte. Die Prüfung habe ergeben, dass sich als Grundstück der Boltzplatz am Sonderpädagogischen Förderzentrum Dorfen (im Anschluss an den Schulhausbau) anbieten würde. Es sei mit einem Ing. Büro, das auch für die Stadt Erding einen ähnlichen Antrag gestellt habe, Kontakt aufgenommen worden, um die voraussichtlichen Kosten zu erfragen.

Die Maßnahme würde ungefähr 40.000 € kosten. 20.000 € müsste der Landkreis Erding für die Erstellung des Untergrunds erbringen, 20.000 € würden als Förderung vom DFB für den Kunststoffrasen möglich sein.

Dem Antrag sei zu entnehmen, dass mindestens auf 15 Jahre sichergestellt sein muss, dass das Minifußballfeld für diesen Zweck genutzt werden kann. Auf Nachfrage bei der Schulleiterin war zu erfahren, dass sie dem Ganzen eher skeptisch gegenüber stehe, aber grundsätzlich nichts einzuwenden habe. Ihre Bedenken begründet sie vor allem damit, dass für eventuelle notwendige Erweiterungen der Schule nach Einrichtung des Spielfeldes auf dem Schulgrundstück kein Platz mehr zur Verfügung stehen würde.

Der Antrag sei vorsichtshalber in der Zwischenzeit gestellt worden, um die Frist nicht zu versäumen. Sollten die Ausschussmitglieder heute zu einer anderen Entscheidung kommen, sei es kein Problem, den Antrag zurückzunehmen. Die Verwaltung habe zwischenzeitlich vom DFB erfahren, dass 1000 Minifußballfelder gefördert werden, aber schon ungefähr 6.000 Anträge eingegangen seien. Herr Fischer denkt, die Wahrscheinlichkeit, den Zuschuss zu bekommen, sei deshalb nicht sehr groß. Wenn dem Ganzen aber näher getreten werden soll, müssten hierfür 20.000 € im Haushalt eingestellt werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende fragt, ob geprüft worden sei, was an Investition von Seiten des Landkreises wirklich notwendig sei. Der Platz sei schon ein Boltzplatz, der als Minifußballfeld umgebaut werden könnte.

Herr Graßl sagt, das müsste noch geprüft werden. Die Verwaltung habe davon sehr spät erfahren und habe den Antrag (40 Seiten) gestellt, um die Frist nicht zu versäumen. Das Ing. Büro schätzt, dass auf den Landkreis ca. 20.000 € bis 25.000 € an Kosten zukommen. Ob der Untergrund schon ausreichend sei, müsste noch geprüft werden.

Der Vorsitzende denkt, nachdem der Boltzplatz vom Landkreis erstellt worden sei, werden entsprechende Unterlagen vorhanden sein. Seine Bitte wäre gewesen, dass diese eingesehen worden wären, bevor mit dem Planer das Ganze besprochen wurde.

Kreisrat Rübensaal fragt, wer sich um den Unterhalt des Minifußballfeldes dann kümmern muss, wenn ein Kunstrasen dort verlegt werden soll. Ein Kunstrasen muss jedes Jahr gekehrt werden, usw.

Kreisrat Becker denkt, dass der Hausmeister das mitmachen könnte.

Kreisrätin Hagl merkt an, sie würde dem Antrag schon folgen, es sei ja nicht gewiss, ob der Landkreis diese Förderung bekommt. Sie berichtet, in dem Bereich befindet sich in der Nähe ein Siedlungsgebiet. Es wäre für die Kinder optimal, wenn sie den Platz nutzen könnten.

Der Vorsitzende ergänzt, die Zielgruppe seien Kinder und Jugendliche. Der Ausschreibung sei zu entnehmen, dass es darum geht, Fußball bekannter zu machen und dafür die Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen zu wecken. Es sei klar, dass ein Minifußballfeld nicht für die Notwendigkeit des Schulbetriebs erforderlich sei. Es befindet sich jetzt dort ein Boltzplatz, den der Landkreis zu unterhalten habe, wie bei allen Schulen auch.

Kreisrat Wiesmaier denkt, die Intension sei, neue Plätze zu schaffen und neue Möglichkeiten des Fußballspiels zu erreichen. Er denkt, wenn jedoch ein Boltzplatz vorhanden sei, der für den Schulbetrieb ausreicht, sollte schon überlegt werden, ob sich die Ausgaben für ein Minifußballfeld rechtfertigen. Die Ausschussmitglieder seien für die Ausgaben des Landkreises verantwortlich. Es handelt sich voraussichtlich um 20.000 €, nur um dem Antrag Folge zu leisten. Er möchte wissen, inwieweit dieses Angebot auch an die Kommunen gegangen sei.

Der Vorsitzende antwortet, es seien alle Kommunen beteiligt worden. Das Ziel von Seiten des DFB sei, dass ein Minifußballfeld bei Schulsportanlagen errichtet werden solle. Seines Wissens habe die Stadt Erding auch einen Antrag gestellt.

Kreisrat Wiesmaier sieht keine grundsätzliche Notwendigkeit, wenn ein Boltzplatz schon besteht und der von der Schulleitung als ausreichend gesehen wird. Es werde dabei nichts Neues, sondern nur eine höherwertige Situation geschaffen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Becker schlägt vor, nachdem der Antrag bereits eingereicht worden sei, um die Antragsfrist nicht zu versäumen, abzuwarten, ob der Landkreis überhaupt einen Zuschuss bekommen wird. Es kann dann immer noch eine Entscheidung getroffen werden. Er schlägt vor, den Antrag heute zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Kreisrat Christofori würde es begrüßen, ein Minifußballfeld zu bekommen, weil ein Kunstrasen weit besser genutzt werden kann als ein Allwetterplatz.

Kreisrat Wiesmaier wünscht eine erneute Vorlage im Ausschuss, wenn der Zuschuss gewährt wird.

Der Vorsitzende sichert dies zu. Außerdem sei noch zu prüfen, welche Kosten dafür von Seiten des Landkreises notwendig sind. Er schlägt vor, dafür im Haushaltsentwurf zunächst keine Mittel bereitzustellen, nachdem sich die Kosten in dem Rahmen befinden, dass der Ausschuss darüber entscheiden könnte.

Der Vorsitzende fragt, ob dazu die Zustimmung erteilt wird.

Die Bauausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis davon, dass von der Verwaltung der Antrag auf Förderung eines Minifußballfeldes beim DFB gestellt wurde.

2. Haushaltsberatung 2008 **Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen** **Vorlage: 2007/0277**

Der Vorsitzende erklärt, die heutige Sitzung sei die erste vorberatende Sitzung zum Haushalt 2008. Es seien bereits intensive Vorgespräche mit den Fachleuten im Amt und auch mit den Fraktionsvorsitzenden geführt worden.

Der Vorsitzende sagt, weil es die erste Sitzung zum Haushaltsentwurf 2008 sei, möchte er einige Eckwerte bekannt geben.

Bei den Beratungen seien grundsätzliche Überlegungen vorangestellt worden. In erster Linie sollte versucht werden, die Kreisumlage deutlich zu senken. Das sei mit diesem Vorschlag auch gelungen.

Weitere Punkte seien, dass eine Steigerung der Umlagekraft gegenüber dem Vorjahr um 9,88 % dem Landkreis weit entgegenkommt, dass die Bezirksumlage in der gleichen Höhe eingeplant worden sei, wie im vergangenen Jahr und auch die Schlüsselzuweisungen in der gleichen Höhe wie im Vorjahr veranschlagt worden sind.

Für den Landkreis bedeutet dies, dass insbesondere auch bei den Mehr- und Minderausgaben ein Abgleich in den größeren Positionen möglich sei.

Das bedeutet, dass bei den Jugendhilfemaßnahmen ein Zuschussbedarf von 570.624 €, bei der Sozialhilfe ohne Grundsicherung ein



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Zuschussbedarf von 115.680 € und bei der Grundsicherung ein Zuschussbedarf von 107.500 € berücksichtigt worden seien. Zudem werde davon ausgegangen, dass beim Winterdienst Erding/Taufkirchen es ein „normaler Winter“ wird und sich damit eine Reduzierung von 135.000 € ergibt.

Der Landkreis habe bei den letzten Zählungen des MVV gut abgeschnitten und die Information erhalten, dass deutlich weniger als im Vorjahr beim MVV-Betriebskostenzuschuss ausgegeben werden müsse. Die Zählergebnisse führen dazu, dass der Landkreis bei den Zuscheidungen mehr bekommen wird. Das bedeutet einen geringeren Betriebskostenzuschuss von rund 200.000 €, trotz Ausweitung des MVV mit den Anruflinientaxen. Weiter wird angenommen, dass die Gebühreneinnahmen um 115.000 € steigen. Für die Kommunalwahlen 2008 sei zusätzlich eine Position (Bürobedarf usw.) mit 83.000 € eingeplant worden. Die Zuweisung an den Rettungszweckverband wird um 81.750 € mehr betragen (Neuorganisation Integrierte Leitstelle) und bei der Krankenhausumlage wird mit zusätzlichen 65.800 € gerechnet.

Es sei auch eine höhere Zuführung zum Vermögenshaushalt von 534.000 € auf insgesamt 4.034.000 Mio € eingeplant worden.

Für den Bauunterhalt seien 1.406.000 Mio € vorgesehen. Direkt im Haushalt seien davon 806.200 € eingeplant. Der Rest würde über Kassenreste in Höhe von 600.000 € gedeckt.

Bei den Personalkosten ergibt sich eine Steigerung um 771.820 €. Darin seien die Mehrkosten für das Personal der Integrierten Leitstelle mit 265.010 € enthalten. Die Personalkosten für den Landkreis (ohne Integrierter Leitstelle) steigen um 506.810 €, also 3,48 %. Dabei sei eine tarifliche Erhöhung von 3 % und eine Erhöhung des Leistungsentgelts um 72.000 € berücksichtigt.

Die Kreisumlage sei mit 49,5 %-Punkten eingeplant.

Kreisrat Rübensaal fragt, was ein Kreisumlagenpunkt wert sei.

Der Vorsitzende antwortet, ein Prozentpunkt bedeutet 963.000 €, im Vorjahr waren es 877.000 €.

Der Vorsitzende stellt fest, dadurch würde der Landkreis in die einmalige Situation kommen, auf eine zusätzliche Fremdkapitalaufnahme verzichten zu können.

2008 wäre eine Tilgung der Kredite im Umfang von 1.316.250 Mio € möglich.

Der Entwurf des Haushalts sei so den Fraktionsvorsitzenden in der Besprechung in der vergangenen Woche dargestellt worden. Bisher habe er keine negativen Äußerungen wahrgenommen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Rübensaal merkt an, Realität sei, dass die Gemeinden trotz Senkung der Kreisumlage um ca. 4,3 Mio € mehr an Kreisumlage zahlen müssen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Gemeinden auch ca. 9,5 Mio € mehr eingenommen haben. Von daher gesehen sei es durchaus eine zuvorkommende Art und Weise des Landkreises, die Kreisumlage zu reduzieren. Sonst würde dies bedeuten, dass der Landkreis bei einem Hebesatz von 50,8 %-Punkten deutlich mehr an Kreisumlage bekommen hätte. Durch die Hebesatzkürzung würden den Gemeinden ca. 1,3 Mio € belassen.

Kreisrat Becker erklärt, der Finanzaufbau sei so, dass die Steuern bei den Gemeinden ankommen und davon die Kreisumlage zu zahlen sei. Die Steigerung der Umlagekraft kommt daher, dass es in der Wirtschaft zu einem Wachstum gekommen sei. Es sei richtig darauf hinzuweisen. Er möchte aber auch darauf hinweisen dürfen, dass es gegenüber dem Jahr 2005/2006 eine Reduzierung der Kreisumlage um 1,9 %-Punkte gebe.

Er merkt an, der Landkreis könne nicht ständig beschließen, neue Schulen zu bauen, diese müssen auch bezahlt werden. Auch wenn die Schulen überwiegend im Bereich der Stadt Erding gebaut werden, profitieren auch die Gemeinden davon. Er kann es nur begrüßen, dass nicht nur keine neuen Schulden aufgenommen werden, sondern dass es möglich sei, den Verpflichtungen der Schuldentilgung mit 1,3 Mio € nachzukommen.

Natürlich müssen die Gemeinden dafür zahlen. Es liege in der Philosophie der Kommunalfinanzierung „von unten nach oben“, dass die Landkreise eigentlich keine Schulden machen sollten. Vielmehr sollten die Landkreise ihren ungedeckten Bedarf über die Kreisumlage decken.

Kreisrat Rübensaal sagt, es gehöre zum jährlichen Ritual, diese Gedanken auszutauschen.

Kreisrat Haindl merkt an, wie alle Jahre seien Anforderungen im Bauunterhalt vorhanden und schon ein Teil seitens der Verwaltung gestrichen worden, obwohl eigentlich gesagt werden könnte, das Geld wäre vorhanden. Trotzdem wird weiter versucht, sparsam zu wirtschaften. Es sei nicht einfach, Reparaturen zu schieben.

Der Vorsitzende merkt an, insgesamt sollte daran gedacht werden, dass diese Mittel, die zusätzlich ausgegeben würden, auch finanziert werden müssen. Es würde den Gemeinden dann in der Kreisumlage wieder auf die Rechnung kommen, denn die Zinsen müssen umgelegt werden. Wenn weniger Fremdkapital eingesetzt wird, entlastet dies auch die Gemeinden. Insgesamt sei es immer eine Art und Weise, wie versucht wird, einen Haushalt zu verabschieden. Verwaltungsintern sei am Anfang darauf geachtet worden, dass es keine Mehrungen gibt. Bei der Jugendhilfe z.B. sei dies nicht machbar. Es müsse deutlich mehr für stationäre Fälle ausgegeben werden, wenn vom Gericht eine stationäre Unterbringung festgestellt wird.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Deshalb bittet er um Verständnis, wenn in dem Bereich zusätzlich über eine Aufstockung des Personals entschieden werden muss. Die Frage wird noch sein, mit welchem Stundeneinsatz dies möglich sein wird.

Ansonsten gibt es auch deutliche Einsparungen.

Er betont, es sei in der Finanzausgleichsgesetzgebung so festgelegt worden, dass die Städte, Märkte und Gemeinden als steuereinhebende Ebene anteilig ihren Anteil entsprechend der Festsetzung an die Landkreise und Bezirke bezahlen.

Der Vorsitzende meint, es sei eine tolle Sache, dass angesichts der vielen Investitionen - 12 Mio € - (auch Erweiterung des Gymnasiums in Dorfen) keine neuen Schulden gemacht werden müssen. Im Gegenteil, dass sogar noch die reguläre Tilgung von 1,3 Mio € geleistet werde und das bei einer prozentmäßig deutlich reduzierten Kreisumlage.

Kreisrat Rübensaal merkt an, es gehört auch dazu darauf hinzuweisen, dass seit 20 Jahren immer wieder angemahnt wird, dass der Art. 15 FAG geändert werden müsste. An dieses Problem traut sich keine politische Instanz. Es sei unbefriedigend, dass nur die Gemeinden für die Beschaffung der Finanzierung verantwortlich seien und die zweite und dritte Ebene davon alimentiert würden.

Kreisrat Becker meint, vielleicht sei es sogar besser, wenn die zuständigen Institutionen nicht an eine Änderung herangehen. Bei Reformen kommt meistens etwas Schlechteres heraus, siehe Hartz IV.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich der Finanzausgleich im letzten Jahr und auch in diesem Jahr deutlich verbessert habe und die Steuereinnahmen deutlich nach oben gehen, so dass entgegen der früheren Konstellation die Dinge für sich sprechen.

Er erklärt, die Zuführung zum Vermögenshaushalt bei allen 26 Gemeinden war mit 9,5 Mio € geplant, tatsächlich wurden aber 28,4 Mio € zugeführt. Bis auf eine Ausnahme sei also ein Vielfaches von dem zugeführt worden, was ursprünglich geplant war. Insgesamt habe sich die deutlich verbesserte Finanzausstattung der Gemeinden durch den Freistaat Bayern verstärkt bemerkbar gemacht.

Der Vorsitzende erklärt zur Gesamtzusammenstellung „Verwaltungshaushalt“ (Seite 2), die Pauschalansätze seien fast alle im gesamten Haushalt gestrichen worden. Es seien nur die konkret bekannten Maßnahmen eingeplant worden. Er bittet Herrn Graßl um Ausführungen zum Bauunterhalt.

Herr Graßl erklärt die einzelnen Positionen.

Bei HHSt 0680 „Landratsamtsgebäude“ war die Anforderung 557.500 €, im Haushalt seien 71.500 € eingeplant worden.

Bei HHSt 0683 „Sparkassengebäude“ seien, nachdem im vergangenen Jahr keine größeren Reparaturen waren, 1.000 € eingeplant worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Bei HHSt 2201 „Herzog-Tassilo-Realschule Erding“ seien anstatt der Anforderung von 479.800 € 287.800 € eingeplant worden.

Der Vorsitzende erklärt, es sei einiges zurückgestellt worden, weil geplant sei, dass durch einen An- oder Neubau an der Herzog-Tassilo-Realschule Erding einiges verbessert werden kann und nicht vorher eine Umnutzung von Räumlichkeiten vorgenommen werden sollte. Im Investitionshaushalt sei der Verbindungssteg eingeplant. Von der Schulleitung sei ausdrücklich gewünscht worden, mit den Arbeiten erst in den Osterferien zu beginnen.

Kreisrat Becker stellt auf Seite 11 „Schreinerarbeiten“ fest, dass die 70.000 € für die Erneuerung der schlechten Holzfenster in der großen Turnhalle gestrichen worden sind. Er fragt nach dem Grund der Streichung und ob dann kein Sicherheitsrisiko besteht.

Herr Graßl antwortet, dieser Posten sei geschoben worden, weil die Fenster zwar teilweise blind seien und teilweise nicht mehr in einem besonders guten Zustand, aber insgesamt noch sicher.

Bei HHSt 2202 „Realschule Taufkirchen“ war die Anforderung 185.000 €. Es sei ein Ansatz von 105.500 € eingeplant worden.

Kreisrat Becker fragt zu Seite 15 zum Ansatz mit 34.000 € „Schulküche“, warum der Ansatz auf 5.000 € reduziert worden sei. Soweit er informiert sei, seien die Kosten nicht mehr erforderlich, weil kein Kochunterricht an der Realschule mehr stattfindet.

Der Vorsitzende sagt, das sei mit dem Schulleiter so besprochen worden. Die Schulküche wird bezüglich der hygienischen Bedingungen so instand gesetzt, dass sie genutzt werden kann. Es stellt sich aber insgesamt die Frage, in welchem Umfang die Schulküche langfristig noch benötigt wird. Bevor eine neue Schulküche angeschafft und dann festgestellt wird, dass die Notwendigkeit gar nicht mehr vorhanden sei, sei es sinnvoll, die große Investition zurückzustellen.

Herr Graßl erklärt weiter, bei HHSt 2301 „Anne-Frank-Gymnasium Erding“ war die Anforderung 222.600 €, eingeplant worden sind 94.300 €.

Bei HHSt 2303 „Gymnasium an der Sigwolfstraße“ war die Anforderung 32.300 €, eingeplant worden sind 26.300 €.

Bei HHSt 2302 „Gymnasium Dorfen“ war die Anforderung 475.200 €, eingeplant worden sind 371.700 €. Herr Graßl erklärt zu Seite 24, es sei ein großer Posten mit 250.000 € „Brandschutzkonzept und Brandmeldeanlage“ veranschlagt. Bei der Baugenehmigung des 4. Bauabschnitts sei von Kreisbrandinspektor Pröschkowitz und Herrn Gribl (Verwaltung) ein Brandschutzkonzept und die Ertüchtigung der Brandmeldeanlage gefordert worden. Die Maßnahme werde auf insgesamt ca. 1,5 Mio € geschätzt. Es seien im Haushaltsentwurf 2008 dafür 250.000 € für einen ersten Schritt (Planung) veranschlagt worden. Die Maßnahme werde dem Bauausschuss vorgelegt.



Zu HHSt 2411 „Berufsschule Erding“ war die Anforderung 365.400 €, eingepplant worden sind 78.500 €

Bei HHSt 2551 „Amt für Landwirtschaft und Forsten“ war die Anforderung 74.000 €, es seien 18.800 € eingepplant worden.

Zu HHSt 2552 „Landw. Fachschule Hauswirtschaft“ seien die angeforderten 12.700 € auch eingepplant worden. Es werden kleinere Reparaturarbeiten notwendig.

Bei HHSt 2601 „FOS/BOS im UG des Gymnasiums Sigwolfstraße“ seien anstatt der Anforderung von 6.300 € 4.300 € eingepplant worden.

Bei HHSt 2721 „Förderzentrum L, Erding“ war die Anforderung 175.800 €. Es seien 153.100 € eingepplant worden. Der größte Anteil mit ca. 100.000 € wird die punktuelle Umplanung des Pausenhofes ausmachen. Es sollen Verbesserungen von einem Planungsbüro vorgestellt werden. Die Planung wird demnächst mit der Schulleitung, den Lehrern usw. besprochen.

Der Vorsitzende ergänzt, der neue Schulleiter habe vor einigen Monaten um ein Treffen zusammen mit den Lehrer- und Elternvertretern gebeten. Dabei habe er an Ort und Stelle erläutert, dass tatsächlich der Neubau verwirklicht worden, allerdings keine Neukonzeption der Außenanlagen erfolgt sei. Es befindet sich dort ein Schlittenhügel mit ca. 1,20 m Höhe usw. Der Vorsitzende merkt an, eine Umgestaltung sei notwendig, damit der Schulbetrieb wieder vernünftig funktionieren kann. Die Schule sei deutlich gewachsen und habe in der Zwischenzeit auch eine gute räumliche Situation. Die Außenanlagen seien das einzige was noch fehlt. Er plädiert dafür, Geld dafür zur Verfügung zu stellen, um das Vorhandene zu verbessern oder neu anzulegen. Er habe dem Schulleiter gesagt, er möchte nicht, dass das Ganze eine vorgesezte Maßnahme von Seiten des Baulastträgers wird, sondern dass die Lehrer und Eltern mitbeteiligt werden und eine vernünftige Lösung zustande kommen soll. Dazu gehört dann auch, dass der Förderverein sich mit engagiert. Er plädiert dafür, deswegen 100.000 € dafür zur Verfügung zu stellen.

Kreisrat Schlehuber schlägt vor, nicht wieder das Planungsbüro von damals zu nehmen.

Der Vorsitzende sagt, er weiß, dass ein anderes Planungsbüro vorgesehen sei. Es sei geplant, dass Sitzgelegenheiten aufgestellt werden, verschiedene Dinge, wie der Schulgarten, der nie genutzt worden sei, entfernt wird, usw. Es sei deshalb eine Gesamtplanung notwendig, das bestehende so weit wie möglich einzubeziehen, teilweise zu verbessern oder auszubauen und das eine oder andere an neuen Spielgeräten, usw. hinzuzufügen.

Herr Graßl erklärt weiter, zu HHSt 2722 „Förderzentrum L, Zweigstelle Dorfen“ war die Anforderung 59.500 €, es seien 136.000 € eingepplant worden.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Becker weist darauf hin, dass das Förderzentrum Dorfen seit einigen Jahren eine eigenständige Schule sei und dies korrigiert werden sollte. In der Übersicht sei „Zweigstelle Dorfen“ geschrieben, auf Seite 39 sei die Bezeichnung richtig.

Der Vorsitzende merkt an, für die Förderzentren sei ein Schulentwicklungsgutachten vorgestellt worden. Nachdem verschiedene Räume anders genutzt werden, sei zunächst die Raumsituation zu klären und dann das Raumprogramm neu überarbeiten.

Er weist darauf hin, dass es eine komfortable Situation sei, was die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Klasse betrifft. Es besuchen 11 oder 12 Schüler eine Klasse mit sinkender Tendenz. Es seien deutlich weniger Schüler an der Schule, als dies früher schon einmal war.

Die Regierung v. Obb und das Kultusministerium habe den Landkreis bezüglich des Schulentwicklungskonzeptes gelobt.

Zu HHSt 3651 „Herderhaus“ erklärt **Herr Graßl**, für die komplette Dachsanierung des Reetdaches seien 53.000 € angefordert worden. Diese Dachsanierung sei nochmals verschoben worden.

Kreisrat Becker merkt an, bei der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden sei gesagt worden, dass es Reetdächer auch in Ungarn gibt. Nachdem die Berufsschule mit einer Schule in Ungarn eine Partnerschaft pflegt, sollte versucht werden, ob von dort Fachleute diese Reparatur durchführen könnten. Seines Wissens gebe es in Deutschland nur noch einen Fachbetrieb, der überwiegend die Villen der Millionäre auf Sylt repariere. Diese Firma sei dem Landkreis zu teuer.

Kreisrat Haindl fragt, ob die Dachkonstruktion eine Verschiebung der Sanierung noch zulässt. Der Vorsitzende denkt, eine Verschiebung um ein Jahr sei möglich. Das Reetdach habe auch Marder als Mitbewohner.

Herr Graßl erklärt weiter die folgenden Positionen (Thenner Weiher; Bauhof mit Garagengebäude; Frauenhaus Erding; Ehem. Landratsamt, Roßmayrgasse 13; Ehem. Landratsamt, Lange Zeile 10; Pavillon; Gießereistraße; Lehrerwohnhaus; Ehem. Landw. Schule Finanzamt; Ehem. Landwirtschaftsamt/Schulamt und Landw. Fachschule Internat) mit den Anforderungen und im Haushalt eingeplanten Ansätzen.

Im Weiteren erklärt auf Wunsch des Vorsitzenden Herr Eixenberger das Investitionsprogramm (Seite 57).

Zu Seite 58 „1601, Errichtung der Integrierten Leitstelle“ erklärt **Herr Eixenberger**, 2008 seien an Investitionskosten 2.074.420 Mio € eingeplant. Die entsprechenden Zuschüsse insgesamt für die EDV-Ausstattung seien 1.386.500 Mio € und für die Baukosten 128.600 €

Der Vorsitzende weist allgemein darauf hin, dass bei einigen Maßnahmen eine Kreditaufnahme eingetragen sei. Es sei aber beschlossen worden, dass keine Kredite aufgenommen werden. Der Betrag, den der Landkreis als Zuschüsse bekommt, sei eine negative



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreditaufnahme. Die Auflistung hält sich die Waage. Es werden keine Kredite für diese Investitionen vorgesehen. 2009 sei eine Kreditaufnahme wieder vorgesehen. 2010 und 2011 sei nach dem derzeitigen Finanzplan auch keine Kreditaufnahme vorgesehen.

Herr Eixenberger verweist auf Seite 59 „2201, Erweiterung Realschule Erding“, dort seien die Baukosten von insgesamt 1,1 Mio € eingeplant.

Kreisrat Becker fragt, wie weit die Erweiterung der Realschule Erding vorangeschritten sei.

Herr Graßl antwortet, der Antrag auf den vorzeitigen Baubeginn sei bei der Regierung von Oberbayern gestellt worden. Er werde nächste Woche telefonisch nachfragen, wie weit die Sache entschieden sei.

Der Vorsitzende sagt, es sei bei der Antragstellung Wert darauf gelegt worden, dass der Antrag dringlich sei und vorrangig behandelt wird, weil möglichst eine schnelle Verbesserung der Situation an der Herzog-Tassilo-Realschule herbeigeführt werden sollte. Es müsse aber die Zuschusszusage und die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn abgewartet werden.

Kreisrat Becker verweist auf einen Artikel in der Gemeindezeitung vom 21.06.2007, über das Bauen mit Fertigmodulen in Holzrahmenbauweise. Er möchte darauf hinweisen, weil er gehört habe, dass von nicht informierter Seite von einer Baracke gesprochen werde. Er denkt, das seien die Leute, die sich gegen eine Erweiterung der Schule aussprechen.

In dem Artikel sei die Holzbauweise als bevorzugend erwähnt. Seine Anregung sei, dass Herr Graßl morgen schon bezüglich der Zuschusszusage und der Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn nachfragen sollte.

Der Vorsitzende sagt, er werde dies zeitnah erledigen lassen.

Zu Seite 60 „2202, Erweiterung Realschule Taufkirchen“ erklärt **Herr Eixenberger**, für den Umbau des alten Rathauses sei 2008 eine Restrate von 100.000 € eingeplant.

Der Vorsitzende berichtet, nach Auskunft sei der Schulleiter mit diesen Räumlichkeiten bestens bedient. Er geht davon aus, dass auch für die nächsten Jahre dies so sein wird. Mit dem Erwerb und dem Umbau des alten Rathauses sei eine deutliche Verbesserung der vorherigen Situation erreicht worden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Hofstetter, der auch Mitglied des Bauausschusses ist, für diese gute Lösung.

Zu Seite 61 „2302, Erweiterung Gymnasium Dorfen“ erklärt **Herr Eixenberger**, es seien die Restraten für die Erweiterung des Gymnasiums mit insgesamt 514.000 € eingeplant worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schlehuber fragt, ob es wahr sei, dass schon wieder ein Wasserschaden aufgetreten sei.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

Herr Graßl berichtet, bis zur Einweihung wäre noch der Boden zu verlegen gewesen. Gestern habe eine Firma dabei die Heizungsleitung angebohrt. Herr Schöfberger habe festgestellt, dass die Dämmung durchtränkt sei und der ganze Estrich wieder herausgerissen werden muss.

Der Vorsitzende sagt, trotzdem werde das Gebäude am Donnerstag der offiziellen Bestimmung mit einem noch nicht nutzbaren Untergeschoß übergeben. Das Ganze koste aber viel Zeit und verursache viel Ärger.

Zu Seite 62 „2303, Neubau Gymnasium a.d. Sigwolfstraße“ erklärt **Herr Eixenberger**, beim neuen Gymnasium gibt es keine Ausgaben mehr, es werden aber die restlichen Zuschüsse von 1.145.000 Mio € nach Art. 10 FAG und 562.000 € IZBB/G8 noch erwartet.

Auf Seite 63 „2411, Erweiterung Berufsschule Erding (Gastro-Bereich)“ seien die für das Gastro-Zentrum notwendigen Kaufraten aufgelistet.

Kreisrat Biller fragt, warum sich die Höhe der Kaufraten ändert.

Herr Eixenberger erklärt, es gibt eine gewisse Zinsbindung. Bei den neuen Vereinbarungen werde der Zins angepasst. Daraus ergibt sich dann eine Änderung bei den Raten.

Zu Seite 64 „2601, Neubau FOS/BOS“ erklärt er, auf der Ausgabenseite seien 2008 insgesamt 1.530.000 Mio € Investitionskosten für den Grunderwerb und die Planungskosten aufgeführt. Auf der Einnahmenseite seien die Zuschüsse und der Anteil, den der Landkreis Ebersberg zu zahlen hat, eingestellt.

Der Vorsitzende merkt an, das Ganze sei momentan nicht mit einem PPP-Modell (mit Raten), sondern mit einer üblichen Kommunalfinanzierung gerechnet worden, weil erst noch zu klären sei, ob das so genehmigt wird.

Herr Eixenberger verweist auf Seite 65 „3331, Bau Kreismusikschule“ auf die Leasingrate mit 463.780 €.

Kreisrat Rübensaal stellt fest, dass sich ab 2009 eine erhebliche Änderung bei den Leasingraten ergibt.

Der Vorsitzende antwortet, der Leasingvertrag läuft aus. Es sei mit deutlich höheren Zinsen aufgrund der allgemeinen Zinslage zu rechnen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauA/0259-08

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2008, das Investitionsprogramm und den Finanzplan

für den Bereich der Hochbaumaßnahmen und des Bauunterhalts für die kreiseigenen Gebäude zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1. Moosgrabenbrücke in Lengdorf

Kreisrat Rübensaal möchte wissen, wann mit den Baumaßnahmen an der Moosgrabenbrücke in Lengdorf begonnen wird. Es habe sich eine Bauzeitverzögerung ergeben.

Der Vorsitzende sichert zu, dass Herr Helfer oder Herr Graßl sich beim Straßenbauamt erkundigt und der Gemeinde Lengdorf dies mitteilt, damit es im Gemeindeblatt veröffentlicht werden kann und die Anlieger Bescheid wissen.

3.2. Schäden beim Erweiterungsbau Gymnasium Dorfen

Der Vorsitzende berichtet, der Landkreis müsse sich bei den Schäden am Erweiterungsbau des Gymnasiums Dorfen durch einen Rechtsanwalt rechtlich beraten lassen, weil in einigen Bereichen nicht das von der Verwaltung gewünschte Ergebnis erzielt werden konnte. Die Küchenbaufirma habe den Auftrag nicht fristgerecht erledigt und mangelhaft gearbeitet. Sie wurde zwischenzeitlich vom Auftrag entbunden. Der Nachfolgeunternehmer würde in Absprache mit der VOB-Stelle an der Reg. v. Obb gesucht. Auch beim Sichtmauerwerk gebe es Mängel, die zu kostenaufwändigen Nachbesserungen führen würden. Es seien aber keine heimischen Firmen beteiligt, so dass kein Schaden für das heimische Handwerk entstehe.

Kreisrat Mock berichtet zum Sichtmauerwerk, es sei deutlich sichtbar, der erste Abschnitt sei von einer holländischen Firma perfekt ausgeführt worden. Der zweite Abschnitt sei schon schlechter und der jetzige Abschnitt sei am schlechtesten ausgeführt worden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet **der Vorsitzende** die Sitzung des Bauausschusses um 15.15 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte